

Volkswacht

für Schlesien

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5832.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 8 mal und ist in
jedem Postamt zu beziehen. Preis pro Quartal 2,40 M., pro Halbjahr 4,80 M.,
pro Jahr 9,60 M. (einschließlich Postgebühren). Die Post bringt
vierteljährlich 15,30 M. (ohne Postgebühren), bei Ins-Geld durch die Post
monatlich 6,10 M., vierteljährlich 15,30 M.

Anzeigenpreis: In diesem Blatt für gewöhnliche Anzeigen sind Schil-
dungen, die in den ersten 10 Tagen unter 100 W. für den ersten Tag
1,00 M., für den zweiten Tag 0,50 M., für den dritten Tag 0,40 M.,
für den vierten Tag 0,30 M., für den fünften Tag 0,20 M., für den sechsten Tag
0,15 M., für den siebten Tag 0,10 M., für den achten Tag 0,08 M., für den neunten Tag
0,06 M., für den zehnten Tag 0,05 M. Anzeigen für den elften Tag
bis zum Ende des Monats sind die vierteljährlichen Preise zu zahlen. Anzeigen für
den elften Tag bis zum Ende des Monats sind die vierteljährlichen Preise zu zahlen.
Anzeigen für den elften Tag bis zum Ende des Monats sind die vierteljährlichen Preise zu zahlen.

Vor neuen polnischen Angriffen?

Geframtete Lage im Industriegebiet.

Generalkrieg in Rybnitz. — Polnische Waffenverteilungen.

(Eigener Drahtbericht.)

Rattowitz, 26. Juli. Nachdem es bei Rensa gestern zu Zusammenstößen zwischen deutschen und polnischen Bewaffneten gekommen ist, wurde in Rybnitz, ferner in Knurów und einigen anderen Industrieorten der Generalkrieg erklärt. Aus den beiden genannten Orten werden auch von zuverlässigen Augenzeugen neue größere Waffenverteilungen an polnisch geframtete Räume berichtet. Die Stimmung ist seitdem wieder aufs äußerste gespannt. Weitere deutsche Familien verlassen das Industriegebiet, um etwaigen ernstlichen Ereignissen in den nächsten Tagen zu entgehen.

Infanterieangriff auf den Breslauer D-Zug.

Soest, 26. Juli. In dem an der Bahnstrecke Rattowitz-Kattowitz gelegenen Orte Dzierzgowitz haben in den letzten Nächten Leute der polnischen Ortswehr wiederholt die deutsche Abteilung der Ortswehr angegriffen. In der letzten Nacht gingen die Polen wiederum gegen die Deutschen vor, worauf die Deutschen sich nicht nur zur Wehr setzten, sondern die Polen aus dem Orte hinausdrängten, die dabei drei Maschinengewehre verloren und mehrere Tote hatten. Der Zug Rattowitz-Kattowitz, der morgens 5 Uhr in Rattowitz eintraf, wurde in Strawa angehalten, da die Meldung einlief, daß der Bahnhof Dzierzgowitz von bewaffneten Aufständischen besetzt und die Gleise durch Wagen versperrt seien. Nach etwa einer Stunde wurden die Gleise als frei gemeldet, worauf der Zug abfuhr, doch mußte er kurz vor Dzierzgowitz halten, da der Bahnhof tatsächlich von Banden besetzt war. Nach einer heftigen Schießerei konnte der Zug endlich weiterfahren, doch mußte er einige Kilometer hinter Dzierzgowitz abermals halten, da die Strecke von Banden besetzt war. Mit zweifelhafteger Verspätung gelangte der Zug schließlich nach Rattowitz.

Der vorläufige Dreiteilungsplan als Uebergang.

Nach dem „Petit Parisien“ soll gestern vormittag am Quai d'Orsay eine englisch-italienische Mitteilung aus Opatowitz eingetroffen sein, die sicher den Gegenstand neuer Verhandlungen zwischen London und Paris bilden werde. Es handelte sich um eine Abgrenzung vor einiger Zeit schon gemachten Vorschlag von Sir Harold Stuart und dem italienischen Vertreter. Der Vorschlag gehe dahin, vor jeder Entscheidung des Obersten Rates über die obersteinständige Frage den Deutschen und Polen die Bezirke zu übertragen, die unter allen Umständen ihnen zugesprochen würden. Den Polen die Bezirke Pleß und Rybnitz, den Deutschen die nördlichen und östlichen Bezirke des Abstimmungsgebietes, Kosenberg, Oppeln, Kreuzburg und Leobschütz. Die englischen und italienischen Vertreter sehen in dieser Methode ein Mittel, die interalliierten Truppen im streitigen Industriegebiet zu konzentrieren, wodurch die Entsendung von Verstärkungen auf ein Minimum herabgedrückt werden könnte.

Sir Harold Stuart nach London berufen.

Wie der Londoner Korrespondent des „Petit Parisien“ erzählt, hat die englische Regierung den englischen Kommissar in Oberschlesien Sir Harold Stuart aufgefordert, dringend nach London zu kommen, um mit der Regierung zu konferieren. Die englische Regierung will ihren Vertreter in Oberschlesien über die Meinungsverschiedenheiten befragen, die zwischen seinen persönlichen Telegrammen und der Note der alliierten Kommission an die Konferenzkonferenz bestehen. Der Korrespondent meldet weiter, nach gewissen Informationen würde England mit einer Beratung der Sachverständigen einverstanden sein, wenn die französische Regierung den Zusammenritt des Obersten Rates für den 1. oder 5. August annehmen würde.

Scharfe englische Sprache.

Wie weiter von unterrichteter Seite erzählt, trifft es nicht zu, daß die britische Regierung an die französische Regierung eine Note gerichtet habe, in der sie der Entsendung französischer Truppen nach Oberschlesien unter Vorbehalt zustimmt. Nach wie vor geht die Anschauung der britischen Regierung dahin, daß bei unmittelbarer Entscheidung keinerlei weitere Truppenbewegungen nötig sind. Die britische Regierung ist durchaus willens, den Ansichten der französischen Regierung in allen Punkten des einzu-schlagenden Verfahrens entgegenzukommen, jedoch unter der Voraussetzung, daß die sofortige Entscheidung nicht länger hinausgeschoben wird. Es liegt der britischen Regierung daran, daß der Oberste Rat etwa am 28. Juli zusammentritt; aber sie ist durchaus bereit, einen Ausschub von wenigen Tagen zuzugestehen, damit Bestand sich darauf einrichten könne. Sie hält jedoch nichts-destoweniger ihre Ansicht durchaus aufrecht, daß eine Verschiebung der Zusammenkunft bis Ende August dieser Tage Aussicht auf eine erfolgreiche Entscheidung nimmt.

Eine polnische Angriffsarmee in der Bildung?

Ueber die polnischen Vorbereitungen zu einem neuen Aufstand in Oberschlesien berichtet die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aus Rattowitz, daß die Polen eine Freiheitsarmee für Oberschlesien unter Generaloberst Tuschewski gebildet haben. Das Hauptquartier der Armee befindet sich in Gieschostan. In Sosnowitz sind Ueberleitungsstellen. Regelmäßige Verbindungen bestehen zwischen Gieschostan und dem früheren polnischen Hauptquartier in Schoppitz. Die Polen werden bei ihren Aufstandsvorbereitungen von den französischen Besatzungstruppen in keiner Weise behindert.

Der deutsche Gesandte.

Raut „Deutscher Allgemeiner Zeitung“ ist der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Dr. Bage, der bisher das Referat „Wirtschaftsfragen“ geleitet hat, zum Geschäftsträger in Peking ernannt worden.

Italiens Haltung.

Sononi schloß die Debatte über das Programm der Regierung (laut „Frankf. Ztg.“) mit einer Rede, die starken Beifall bei allen Parteien außer den extremen Gruppen erzielte. Insbesondere wurde der Versicherung der Regierung, sie werde alle Gewalttaten und Strafexpeditionen energisch unterdrücken, herzlich applaudiert. In dem, was er zur Außenpolitik sagte, überging Sononi alle Deutschland interessierenden Fragen, insbesondere Oberschlesien, obwohl mehrere Redner Ausrufe darüber verlangten hatten.

Eine offizielle Note des „Messaggero“ stellt fest, daß Italien unbedingt die sofortige Entscheidung in Oberschlesien durch den Obersten Rat befürwortet, wodurch allein eine Pazifikation herbeizuführen sei. Die Sache sei spruchreif, so daß ein neuer Aufschub ungerechtfertigt erscheine.

Französische Pressestimmen.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Nach französischen Blättermeldungen hat die Regierung Frankreichs jetzt einen Kompromißweg eingeschlagen, der eine Lösung der zwischen Frankreich und England bestehenden Meinungsverschiedenheiten ermöglichen kann, von dem aber vorläufig noch nicht zu sagen ist, ob er tatsächlich zu einer Lösung führen wird. Nach dem „Temps“ sind die französischen Mitteilungen in London folgende:

„Frankreich ist damit einverstanden, daß der Oberste Rat am 4. August zusammentritt, um sich mit der obersteinständigen Frage zu befassen. Die französische Regierung hält es aber auch für notwendig, sofort Verstärkungen nach Oberschlesien zu schicken. Sie besteht auch darauf, daß vor der Konferenz Sachverständige zusammentreten, um die Entscheidung vorzubereiten.“

Ueber die Haltung Englands diesem französischen Plan gegenüber ist nur das bekannt, daß das englische Kabinett nicht vor dem Eintreffen des britischen Kommissars Sir Harold Stuart in London seine Entscheidung treffen wird. Es ist damit zu rechnen, daß dies im Laufe des Dienstags, spätestens aber Mittwoch geschieht. Soweit die englische Presse die Auffassung ihrer Regierung wiedergibt, kann man erwarten, daß England sich nicht auf die sofortige Entsendung von Verstärkungen nach Oberschlesien einlassen wird, sondern einen derartigen Plan im Rahmen der Gesamtlage auf der Konferenz des Obersten Rates entscheiden zu lassen, beabsichtigt.

Die französische Presse befreit sich jetzt plötzlich eines wesentlich ruhigeren Tones bei der Besprechung der deutschen Antwortnote. Ein einziges Blatt, und zwar das „Journal de Debats“, hat es bisher über sich gebracht, die Haltung der deutschen Regierung bezüglich Unterstützung französischer Truppenkontraste nach Oberschlesien juristisch zu betrachten. Das Blatt kommt zu dem Schluß, daß die Stellungnahme Deutschlands nach dem Versailler Vertrag einwandfrei ist, aber trotzdem die Ablehnung des französischen Annehmens eine Schikanierung Frankreichs bedeutet. Der „Paris-Temps“ bestätigt in seiner gestrigen Abendausgabe, daß der englische und italienische Kommissar in Opatowitz den Antrag gestellt haben, einen Teil von Oberschlesien sofort den Deutschen, bezw. den Polen zu übergeben, und das umstrittene Industriegebiet, außerdem aber die Stadt Oppeln, vorläufig noch von den Entente-Truppen besetzt zu lassen. Der „Temps“ geht auf diesen Vorschlag näher ein und weist darauf hin, daß für den Vorschlag die Tatsachen sprechen, daß die Aufgabe der Truppen auf diese Art erleichtert würde, daß aber auch gewisse Bedenken beständen. Sollte dem Vorschlage stattgegeben werden, so würden die Deutschen dadurch in den Besitz wichtiger Punkte, wie Leobschütz und Kosenberg gelangen, was für den Fall einer Deutschenerhebung bedenklich wäre und zweitens könnte die sofortige Uebergabe von Pleß und Rybnitz die endgültige Entscheidung zum Schaden Polens beeinflussen, da, wie der „Temps“ anabdrückt, feststeht, das übrige schlesische Industriegebiet eine stark deutsche Bevölkerung hat.

Das Reichskabinett

trat am Montag Nachmittag zu einer Sitzung zusammen, in der die deutsch-amerikanischen Friedensverhandlungen nochmals besprochen wurden. Augustinowitsch und andere Anwesende

Deutschland über den abzuschließenden Friedensvertrag ein Briefwechsel geführt, in dem hauptsächlich die wirtschaftlichen Seiten dieses Vertrages erörtert werden. Es ist bekannt, daß Amerika versucht, sämtliche Rechte aus dem Versailler Vertrag zu übernehmen, aber weniger Neigung zeigt, insbesondere wirtschaftspolitische Verpflichtungen einzugehen. Auch die obersteinständige Frage und die gegenwärtige Taktik Frankreichs wurden in der Sitzung erörtert.

Biode Postbürgerliche.

Die kleinste Telegraphen-Union verbreitete am Montag eine Meldung, wonach Vorbereitungen zu einem neuen Linksputz festgestellt und mehrere Personen dieserhalb in Düsseldorf, Köln, Breslau und Bielefeld verhaftet worden seien. Als Anführer dieser Postbesuche wird Frankreich genannt. Schon die Quelle, aus der die vorstehenden Angaben stammen, konnte nach allen Erfahrungen keinen Zweifel mehr darüber aufkommen lassen, daß es sich um einen nichtswürdigen Schwindel handelt. Wäre die Telegraphen-Union auch bei der Voranmeldung von Rechtsputzern so eifrig, wie sie es bisher bei Linksputzern zu sein beliebt, dann wäre es um ihre Abonnentenzahl vielleicht wesentlich besser bestellt. In Berliner Regierungskreisen ist von linksputzistischen Absichten nicht das Geringste bekannt.

Kommunistische Niederlage bei den Berliner Metallarbeitern.

Bei der Urabstimmung zu den Delegiertenwahlen für den 10. September in Jena stattfindenden Verbandstag des deutschen Metallarbeiterverbandes wurden in Berlin insgesamt 63.517 Stimmen abgegeben. Davon erhielten: Liste A (Antikerbau) 30.523 Stimmen; Liste B (Rostau) 22.994 Stimmen. Die Liste A ist somit mit einem Vorsprung von etwa 7500 Stimmen gewählt.

Metallarbeiterwahlen im Reich.

In Düsseldorf entfielen trotz eifriger Agitation der Kommunisten zwei Drittel der Gesamtstimmen auf die Liste der vereinigten Sozialdemokraten und Unabhängigen. In Hamburg erhielten die Kommunisten 3257 Stimmen, die andere Partei 8440. Auch in Bremen sind die Kommunisten gänzlich unterlegen. In Frankfurt hatten die sozialdemokratischen Mitglieder des Metallarbeiterverbandes eine selbständige Liste aufgestellt. Sie erhielten 644 Stimmen, dagegen die gemeinschaftlich vorgehenden Unabhängigen und Kommunisten nur 405 Stimmen erhielten.

Ein Kabe hat dem anderen...

Die Justiz als Stütze der Bürokratie.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

In Karlsruhe wurde vor einigen Tagen ein Urteil gefällt, das jedenfalls die deutsche Öffentlichkeit noch längere Zeit beschäftigen wird und muß. Der badische Minister des Innern, Genosse Kemmele, hat vor kurzer Zeit den Amtmann Baumann aus Lorrach wegen Verweigerung des Eides auf die Republik aus dem Staatsdienste entlassen. Hierauf strengte der Amtmann einen Prozeß gegen den badischen Staat an, der vor dem Landgericht in Karlsruhe zu seinen Gunsten ausfiel. Das Landgericht sprach in seinem Urteil aus, daß die Entlassung nicht auf gesetzlicher Grundlage, also aus reiner Willkür erfolgt ist, deshalb unwirksam sei, und Baumann heute noch als badischer Staatsdiener zu gelten habe und zu vollem Gehaltsanspruch bis zu seinem Ausscheiden berechtigt sei.

Tagung

des französischen Gewerkschaftsbundes.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Am Montag vormittag wurde in Lille der Kongreß des französischen Gewerkschaftsbundes eröffnet. Als Vertreter von 2800 Gewerkschaften waren 1000 Delegierte erschienen. Vom Ausland hatten nur Belgien und Schweden Vertreter entsandt. Vertreter aus Italien, Spanien und Deutschland werden noch erwartet. Trotz aller polizeilichen Vorkehrungen soll auch der Bolschewist Solowsky als Abgeordneter Letins in Lille eingetroffen sein. Ein Antrag bezüglich der volle Annahme forderte, wurde einstimmig angenommen. Ueber einen weiteren Antrag des gleichen Antragstellers, die Leitung des Gewerkschaftsbundes zur Eröffnung einer Geldsammlung für die hungernden Massen zu ernennen, wurde die Abstimmung vertagt.

Bei der Besprechung über die Frage des Ausschusses von Exzentriker aus gewissen Gewerkschaften kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen der Mehrheit und der Minderheit, in deren Verlauf es zu Schießereien und Schlägereien gekommen sein soll. Die Tagung mußte auf Grund dessen ausgesetzt werden.

Deutsche Lokomotiven für Rußland.

Die Petersburger „Pravda“ teilt auf Grund von Informationen, die ihr aus dem Petersburger Bolschewikenzentralrat zufließen, mit, daß die russische Regierung nach Rußland 1000 deutsche Lokomotiven bestellt hat.

Ostgalizien, Polen und die Entente.

In der Frankfurter Zeitung schreibt der Minister Dr. J. Michaelis:

Am 2. Juli wurde im Reichstag im Unterhause von Lloyd George in der Antwort auf eine Anfrage von Lord Curzon eine wichtige Erklärung in der Ostgalizien gegeben. Diese Ostgalizienfrage ist eine der wichtigsten politischen Fragen der Zeit und hat die Aufmerksamkeit der Entente, der polnischen Regierung und der ukrainischen Regierung über diesen Gegenstand zentralisiert, verdient die genaue Erklärung von Lloyd George Beachtung. Lord Robert Curzon fragte:

1. Welches ist gegenwärtig der rechtliche Status Ostgaliziens?
2. Welche internationale Körperschaft ist in dieser Frage kompetent?
3. Wurde irgendein Versuch gemacht, um der Bevölkerung dieses Landes gemäß der Entscheidung vom 25. Juni 1919 die Befundung ihres Willens über das zukünftige Schicksal des Landes zu sichern?
4. Ist es wahr, daß Polen das Land kolonisiert?

Darauf antwortete Lloyd George:

1. Ostgalizien befindet sich gegenwärtig auf Grund der Entscheidung der Friedenskonferenz vom 25. Juni 1919 unter militärischer Okkupation Polens.
2. Heber die staatliche Zugehörigkeit des Landes ist bisher nicht entschieden worden. Auf Grund des Artikels 91 des Vertrages von Saint-Germain sind die Rechte Oesterreichs bezüglich dieses Landes auf die ukrainischen Mächte übertragen worden, so daß zur Entscheidung über das Schicksal des Landes der Oberste Rat der Friedenskonferenz kompetent ist.
3. Bisher ist nichts getan worden, um die Befundung des Willens der Bevölkerung gemäß der Entscheidung vom 25. Juni 1919 zu sichern.
4. Es ist wahr, daß Polen auf dem Gebiete Ostgaliziens polnische Kolonien bildet.

Die obige Erklärung Lloyd Georges kann nicht anders denn als eine Selbstanklage der Entente gekennzeichnet werden. Es sind bereits zwei Jahre verstrichen, seit der Oberste Rat, anstatt Polen zum Waffenstillstand mit der ukrainischen Regierung Ostgaliziens zu zwingen, es ermächtigte, Ostgalizien militärisch zu besetzen, wobei er sich in der Entscheidung vom 25. Juni 1919 verpflichtete, der Bevölkerung des Landes Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes zu sichern. Seit dieser Zeit herrscht in Ostgalizien die schrecklichste Okkupationsherrschaft Polens, welches das Land, über dessen staatliche Zugehörigkeit erst noch entschieden werden muß, jetzt schon wie sein Eigentum behandelt, das ukrainische Element auszottelt und, um durch Stärkung der polnischen Minorität sich den Besitz des Landes zu sichern, den polnischen Kolonisten unter polnischen Aufsicht, wobei die Ukrainer vom Lebenserwerb gänzlich ausgeschlossen sind. Das alles weiß die Entente sehr gut und Lloyd George hehlig es im englischen Unterhause. Trotzdem aber ist bisher — wie er erklärt — nichts unternommen worden, um das unglückliche Land von der polnischen Okkupationsherrschaft zu befreien. Will die Entente solange warten, bis Polen durch die völlige Ausrottung des ukrainischen Elementes eine Entscheidung überflüssig gemacht haben wird? So heißt die „Gerechtigkeit“, welche die Friedenskonferenz allen Völkern verflücht hat. Der polnische Imperialismus ist kein Räuber, wenn die Entente ihn ungehindert sich ausbreiten läßt. Für Polens Gewalttaten ist die Entente verantwortlich.

Der Parteitag der polnischen Sozialisten.

Warschau, 25. Juli. (Drahtbericht.) Am dem am 23. d. Mts. in Lodz eröffneten Parteitag der polnischen sozialistischen Partei nahmen 200 Delegierte teil, darunter auch Vertreter der Labour Party und der deutschen Sozialisten Polens. Den Vorsitz führt der ehemalige Ministerpräsident Moraczewski. Der Antrag des linken Flügels der Partei, die Ausschließung der bolschewistischen Parteielemente, wie Borankiewicz-Pojen und anderer, aufzusuchen, wurde abgelehnt. Die Hauptpunkte der Tagesordnung des Kongresses betreffen die künftige Parteistatistik und die Entscheidung der Frage, welcher sozialistischen Internationale die P.P.S. angehören solle. Während ein von Reichartz-Frenckhoneschen Revolutionsentwurf der Mehrheit des Parteizentralkomitees den vorgeschlagenen Austritt aus der 2. Internationale damit begründen will, daß dieselbe nicht mehr alle sozialistischen Parteien umfasse, wollen Jaromba und Genossen den Austritt damit motivieren, daß die 2. Internationale „vorwiegend Vertreter kompromittierter und sozial-imperialistischer Richtungen vereinige“. Dagegen beantragt eine Resolution, welche das weitere Verbleiben in der 2. Internationale. Auf den Ernst der vorhandenen Gegensätze deutet der Umstand hin, daß die Kongresssitzungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich gehen sollen. Die ganze Presse erörtert lebhaft die Frage, ob die P.P.S. dem Beispiel anderer Länder zumder ihre bisherige Einigkeit auf dem Kongreß werde aufrecht erhalten können.

Hungerland.

Von Georg Berner.

59] (Nachdruck verboten.)

„Wir wollen den Arbeitern nur die Wohlstanen anbieten“, bemerkte der Bergvat nach einer Pause.

„Das können wir tun“, sagte Horst. „Ich bezweifle bloß, ob die Arbeiter darauf eingehen.“

„Das müssen sie“, rief Direktor Steller dazwischen.

„Müssen! Aber vorher streiten sie und das wollen wir verhindern.“

„Wir können das mit den Wohlstanen verhindern“, meinte der Bergvat.

„Der Meinung bin ich auch“, sagte Horst, aber wir müssen trotzdem wissen, wie weit wir aufwärts gehen können.“

„Bietet man den Leuten den kleinen Finger, wollen sie die ganze Hand haben. Wenn sie diesmal etwas ohne Streit erreichen, haben wir in Zukunft die Folgen zu tragen. Das ist das Schlimme“, warf Direktor Steller ein. Den Streit zertrümmern wir sicher in acht Tagen.“

„Und meine Grube geht im nächsten Jahre bankrott. Eine sehr einfache Rechnung“, bemerkte Horst bitter.

„Wissen Sie, meine Herren, das glatte Abblauen geht nicht. Das habe ich ein“, sagte Bergvat Koppel leichtsinnig. „Das ist recht. Ich werde morgen in der Sitzung die beschriebenen Schwierigkeiten sehr eingehend schildern, und so schwarz in schwarz malen, daß die anderen ihre Seidenen zucken, und wir, das heißt Herr Steller und ich, die wir uns bereits festgelegt haben, auf den Vorschlag von Sie, Herr Horst, keinen, nochdrungen eingehen müssen.“

„Ja“, sagte Horst.

„Dann die Hand dranz.“

„Und Sie, Steller? Sind Sie kein Quacksalber“, sagte der Bergvat des anderen Jähren bemerkend.

„Der Generaldirektor, ausschließlich will ich mich nicht“, kam langsam die Antwort.

„Dann die Hand dranz.“

Direktor Steller gab sie, aber von Herzen kam der Händedruck nicht.

Bergvat Koppel und Direktor Steller gingen. Sie wollten nun die notwendigen geschäftlichen Schritte für die morgige Sitzung in die Hand nehmen. Horst sah sich um. Er dachte nach, die Bergvat hatte recht, er mußte die anderen warnen, damit sie die anderen nicht in den Ruin stürzen. Das mußte er tun. Er mußte die anderen warnen, damit sie die anderen nicht in den Ruin stürzen. Das mußte er tun. Er mußte die anderen warnen, damit sie die anderen nicht in den Ruin stürzen. Das mußte er tun.

Die Programmdebatte.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereines Frankfurt am Main nahm einen Antrag Wendel an: „Der Parteitag lehnt eine Beratung des vom Parteivorstand vorgelegten Programmentwurfes ab.“ In der Debatte erklärte, wie wir der „Vorkommnisse“ entnehmen, Redakteur Marxwald u. a., daß seine schließlichen Beschlüsse übertrifft worden seien. Der Programmkommissionen der Partei über die dort „Kampftaktik“ sei ein Anhang. Der Kampftaktik des Parteivorstands sei ein Anhang. Diese Forderung dürfte in keinem sozialistischen Parteiprogramm fehlen. Dr. Quast erklärte als Mitglied der Programmkommission, daß es noch gar nicht so weit sei, um einem fertigen Entwurf zu reden. Eine Gesamtsitzung habe noch nicht stattgefunden. Die Kommission müsse erst zusammenzutreten und ganze Arbeit machen, Hermann Wendel hält den Programmentwurf für unannehmbar. Nicht allein sein Inhalt sei ein Skandal, sondern auch die Art, wie er zustande kam. Das Schlimmste an ihm sei die Einleitung, ein Musterbeispiel von Verleumdung zu einer Zeit, in der die Reaktion mehr wie je zu einer starken Stellung ermähne. — Ferner wurde folgender Antrag Marxwald angenommen: „Der Parteitag hat sich für die Einigung mit der USPD auf der Grundlage der Freiheit der Meinungsäußerung und der Einheit im Handeln zu erklären. Bei taktischen Meinungsverschiedenheiten über politische Aktionen innerhalb und außerhalb des Parlamentes entscheidet die Mehrheit. Die Programmkommission ist so lange zurückzustellen, bis entweder die Einigung mit der USPD erfolgt ist oder sich herausgestellt hat, daß die USPD zur Einigung auf obiger Grundlage nicht zu haben ist, mindestens aber auf ein Jahr.“ — Nach wurde einem Antrag zugestimmt, den nächsten sozialdemokratischen Parteitag in Frankfurt abzuhalten.

Zur Neuordnung des Berechtigungswezens.

Die Frage des Berechtigungswezens der öffentlichen Schulen ist wie aus der Antwort der Reichsregierung auf eine vom Reichstag gestellte Entschließung hervorzugehen, noch nicht soweit geklärt, daß sie in einem Reichsgesetz abschließend geregelt werden könnte. Es soll zunächst geprüft werden, ob nicht eine Vereinbarung der Länder über die wesentlichen Grundzüge des Berechtigungswezens herbeigeführt werden kann, etwa im Anschluß an die Neuordnung des Schulwesens, die bereits eingeleitet ist. Erst wenn der Aufbau des Schulwesens, insbesondere auch der Mittelschule, beendet ist, werden sich aus ihm die Hauptgrundzüge für die Neuordnung des Berechtigungswezens ableiten lassen. Dem Beschlusse des Reichsschulsausschusses entsprechend hat sich das Reichsministerium des Innern bereits im vorigen Jahre bei den zuständigen Reichs- und Landesbehörden dafür verwendet, daß in besonderen Fällen auch begabten Volks- und Mittelschülern der Zutritt zu solchen Stellen ermöglicht werde, die bisher nur solchen Beamten offenstanden, die den Nachweis einer Schulprüfung oder der Ablegung einer bestimmten Klasse erbringen konnten. Man erwartet davon eine Milderung der vielfach noch festzustellenden formalen Behandlung des Berechtigungswezens. Durch Reichsentscheidungen an sämtlichen Reichs- und Landesbehörden der Länder und durch entsprechende Zusätze der Statuten für die in Bildungsangelegenheiten des Reiches umgewandelten Landesbehörden hofft die Regierung, wenigstens einigermaßen dem Artikel 146 Absatz 3 der Reichsverfassung Rechnung zu tragen; ganz laufe sich diese Befähigungsordnung bei der Finanzlage des Reiches jetzt nicht erfüllen.

Wohlfahrtstagung des Hauptauschusses für Arbeiterwohlfahrt.

Der Hauptauschuss für Arbeiterwohlfahrt veranstaltete am Donnerstag, den 15. September 1921, in der Gaststätte „Lindenschloß“ seine erste öffentliche Wohlfahrtstagung. Tagesordnung: 1. Aufgaben und Ziele der modernen Wohlfahrtspflege, Rednerin Genossin Helene Simon-Schweim. 2. Die geistlichen Grundfragen und der organisatorische Aufbau der Wohlfahrtspflege, Redner: Bürgermeister Dr. Caspari-Brandenburg. 3. Ausprache. Daran anschließend findet am nächsten Tage, Freitag, den 16. September, im gleichen Lokal die erste beschließende Jahresversammlung statt. In der Genossin Marie Juchacz über „Die Erfahrungen der Vergangenheit in der Wohlfahrtsarbeit und ihre Aufgabenstellung“ spricht. Teilnehmer sind Delegierte aus den Bezirksorganisationen für Arbeiterwohlfahrt. Gäste aus den Kreisen der organisierten Arbeiterkraft, die in den verschiedenen Zweigen der Wohlfahrtsarbeit tätig sind, sind zur Teilnahme eingeladen. Anmeldungen werden bis zum 1. September unter der Adresse: Marie Juchacz, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, erbeten. Teilnahmefreie sind ungehindert.

Buchdruckerstreik in Köln.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Infolge Ablehnung einer Gehaltszulage von 100 Mark auf die Woche ist am Montag Mittag in Köln der Buchdruckerstreik

ausgebrochen. Die bürgerlichen Blätter erschließen zu dem Streik die sozialistischen Verleger haben die Forderung der Buchdrucker bewilligt und erscheinen auf Grund dessen weiter. Wie unser Kölner Vertreter erfährt, haben sich bisher inzwischen noch 17 weitere Druckereibesitzer mit den Forderungen der Buchdrucker einverstanden erklärt, und sie bewilligt.

Zusammenkunft sozialdemokratischer Jugendpfleger und Jugendbarbeiter.

Anläßlich der 4. Jahrestagung der Arbeiterjugend in Wiesbaden soll am Sonnabend, den 30. Juli, vormittags 10 Uhr, eine Aussprache aller in den Jugendämtern tätigen Parteigenossen stattfinden. Der Zweck der Besprechung ist, eine gewisse Festlegung herzustellen, um Erfahrungen auszutauschen und Anregungen für die Arbeit zu geben. Näheres über den Ort der Zusammenkunft ist in der „Eisenhütte“, Bielefeld, Marktstraße 8, zu erfragen.

Jagow.

Die Anklage gegen den Kappisten und ehemaligen Reichspräsidenten von Berlin, Jagow, wegen Hochverrats ist dem 1. Strafgericht des Leipziger Reichsgerichts vom Reichsanwalt jetzt zugegangen. Ueber die Eröffnung des Strafverfahrens wird vom 1. und 2. Strafsenat gemeinschaftlich Beschluß gefaßt werden. Da in den nächsten Tagen jedoch die Gerichtsferien beginnen, ist mit einem Währungs der Verhandlungen gegen Jagow nicht vor Mitte Oktober zu rechnen.

Aus der Provinz Schlesien.

Was geht im Kreise Trebnitz vor?

Am Sonntag, den 24. Juli, sollte in Droschen bei Trebnitz, in der Domäne des so oft politisch wandelbaren Herrn Holters eine Landarbeiter-Bezirkskonferenz stattfinden. Herr Holters, der dem Kreisleiter des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, Genossen Michallik, schon öfter drohte, sich nicht in seinem Bezirk setzen zu lassen, glänzte aber trotz schriftlicher Einladung mit Abwesenheit abgesehen wegen einer dringenden Reise, dafür landete er seine Vertreter, und zwar einen Trupp von 50 Mann der sogenannten Arbeitersgemeinschaft in Rosbach unter Führung eines Leutnants Klemm. Der Versammlungsleiter, Genosse Thiel, wies darauf hin, das hier eine Konferenz tagen sollte, aber der eigenartigen Zusammenziehung wegen die Konferenz nicht stattfinden, sondern eine öffentliche Versammlung. Genosse Kleinert-Breslau, sprach über die augenblickliche politische Lage im Reich und ging dann auf die oberste Frage über, unter äußerster Ruhe und starkem Beifall der Versammlung.

Etwas lebhafter wurde die Versammlung, als Genosse Michallik über die Landarbeiterfragen im Kreise referierte und dabei die Zustände auf den in dem Bezirk liegenden Gütern schilderte, was auch die anwesenden Inspektoren nicht abweisen konnten. Mit der Arbeitersgemeinschaft des Herrn Leutnants Klemm, welcher sich als Arbeitersekretär (1) vorstellte, ging Genosse Michallik hart ins Gericht und erklärte den Herren, daß die Landarbeiterschaft sich das prononcierte Auftreten dieser jungen Leute, die alles andere, nur keine Landarbeiter sind, nicht mehr lange gefallen lassen werde.

Die Versammlung forderte ganz energisch, daß mit der Polenwirtschaf auf den Domänen im Kreise endlich einmal aufgeräumt wird und nicht weiter fortgeführt wird, wie bei Herrn v. Wittmisch-Cawallen, was schon große Polenkolonien in der letzten Zeit entstanden sind, trotz der Arbeitslosigkeit in den Städten.

Kreuzer interessiert dabei waren die Ausführungen des Herrn Leutnants Klemm, welcher den Kampf gegen die Polenwirtschaf mit der Landarbeiterschaft des Kreises aufnehmen will, wir wünschen dem Herrn viel Glück dabei. In der Diskussion, welche sehr lebhaft geführt wurde, sprachen eine ganze Anzahl Landarbeiter, Inspektoren und Mannschaften der Arbeitersgemeinschaft.

Genosse Kleinert wies in seinem Schlusswort nochmals auf die kommenden politischen und wirtschaftlichen Kämpfe hin und ermahnte die Anwesenden, auf der Hut zu sein, was im Kreise Trebnitz vorgeht.

Darauf wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf den Deutschen Landarbeiter-Verband geschlossen. Der Erfolg war ein Anzahl Neuzugewinnen und eine Teilerfassung von 50 Mark. Die Arbeitersgemeinschaft zog in geschlossenem Zuge unter allerhand schönen patriotischen Liebern ab, ohne auf ihre Rechnung gekommen zu sein. Wir wünschen Herrn Holters baldige Genehung, um bei der nächsten Versammlung selbst erscheinen zu können.

deranger bewilligen, verdienen wir nichts mehr, rein gar nichts mehr. Die Zeiten aber sind so, daß man eher mehr wie weniger haben muß.“

Ein bestimmendes Gemurmel zeigte dem Redner, daß er der Mehrzahl der Versammelten nach dem Herzen gesprochen hatte. Jetzt meldete sich Herr Horst. Er sprach für eine, wenn auch teilweise Bewilligung. Vor allem wies er auf die großen Schwierigkeiten hin, die den Arbeitern der niederschlesischen Gruben aus einem Streik erwachsen würden.

„Wenn es zum Streik kommt!“ rief jemand dazwischen.

„Im selben Moment Hoffte es an die Tür. Eine Depesche. „Meine Herren“, sagte der Vorsitzende, „unser Grubenverein in der Lausitz teilt mir mit, heute sind im dortigen Revier 4000 Bergarbeiter in den Streik getreten.“

„Da haben Sie es, meine Herren!“ sagte Horst fortsetzend.

Bei uns kommt es auch zum Streik. Ganz sicher kommt es zu einem großen und langen Streik, wenn wir nicht nachgeben. Da kann ich die Stimmung doch besser, als mein Herr Vorsitzender, bezeichnen Sie vor allem:

Die Oesterreicher streifen bereits in der dritten Woche. Können Sie es verantworten, jetzt in dieser Zeit unsere Arbeiter sitzen zu lassen und als Begründung anzuführen: wir niederschlesischen Grubenbesitzer zeigen aus Prinzip unseren Arbeitern kein Entgegenkommen. Diesen Standpunkt vertritt die Großindustrie, aber die meisten kleinen Fabrikbesitzer, mit denen wir zu tun haben, betrachten die Sache in einem anderen Lichte. Verhandeln müssen wir! Wir verlieren sonst die meisten dieser Kunden, die ohnehin von der Konkurrenz warm umworden werden. Was das aber heißt, Kunden zu verlieren, meine Herren, das weiß jeder von uns. Der Redner klagte über die Kosten. Glauben Sie denn, in unseren Nachbarrevieren und in Oesterreich, bei unseren schärfsten Konkurrenten, steigen in der nächsten Zeit nicht auch die Kosten? Dort wird aller Voraussicht nach mancher Lohnzweig, was ohne weiteres zur Erhöhung der Kohlenpreise führen wird. In diesem Augenblick können wir auch die Preise erhöhen und die Kosten der Bewilligung abwenden. Ohne Streik können wir aber mit den Arbeitern längere Lieferungsverträge abschließen, indem wir unter den Arbeitern geeignetes Entgegenkommen in die Waagschale werfen.

Warten wir mit den Bewilligungen, die in absehbarer Zeit auch den Arbeitern erteilt werden, denn sie werden dann die ganze Kraft ihrer Organisation auf unser — dann das niederschlesische Revier — werfen. Bis es in den anderen Revieren ruhig wird, unsere Lage schwieriger. Dann müssen wir die Waage abwägen; die Konkurrenz aber hat es bereits getan und nicht noch warten.

Sozialdemokratischer Verein.

Abteilung Nikolaitter. Die Mitgliederversammlung findet Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, in den Gambirius-Sälen statt.

Wohnungsstelle, Ohlauz Tor, Sitzung Mittwoch, den 27. Juli, abends 8 Uhr, bei Götlich, Wöhlstraße 18.

Wohnungsstelle, Breslau, soweit Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, Donnerstag, 28. Juli, abends 7 1/2 Uhr.

Veranstaltung im Gewerkschaftshaus, Näheres in morgiger Nummer.

Kirche und Lebensmittelwucher.

Über dieses Thema schreibt ein Genosse: In einer Kartoffelverkaufsstelle hatte ich Gelegenheit, einen Blick in die geistlichen Schätze zu tun.

Die Reichsregierung hat die Zwangsbewirtschaftung dieses Hauptnahrungsmittels des Volkes auf, damit die als „gottesfürchtig“ bekannte Agrarier und „konjunkturausnutzenden“ Zwischenhändler wieder im Interesse des Vaterlandes ehrlich arbeiten.

Der von hochgebildete „Fachleute“ und Minister oder rathgebende akademisch geschulte „Volkswirtschaftler“ wirklich glauben — wir wollen es von vornherein zu ihrer Ehre annehmen — die wuchernden Agrarier und „konjunkturausnutzenden“ Zwischenhändler wieder im Interesse des Vaterlandes ehrlich arbeiten.

Sind unsere „treuherzigen“ Landsleute, die entgegen ihrem christlichen Bekenntnis sich auf Kosten verbungernder, fleißiger, armer Menschen räuberisch bereichern und haufen Geldeswert zusammenbringen, das eine wirtschaftliche Störung im Lande nachdringlich einsehen und schließlich zu gewaltigen Verschärfungen führen muß, nicht weit gefährlicher als die Entente?

Es ist das die göttliche Weltordnung? Wacht in dem heute noch schlaffenden Mann, Säugling, nimmermüde Hausfrau oder Mädchen, trotz des Hungers an einen gerechten Christengott, der einen großen Teil Menschen so entsetzlich leiden läßt, damit andere dauernd ohne Arbeit essen und trinken können, sich gottbegnadet nennen dürfen, ohne von ihrem zehenden Gott gefressen zu werden?

Erwacht endlich alle, Ihr Volksgenossen, erwacht endlich, Ihr Arbeiterhausfrauen, die Ihr aus Verblendung und Leichtgläubigkeit, vielleich auch aus Dünkel, im bürgerlichen Lager gestanden; nur aus eigener Kraft werdet Ihr Euch der Fesseln entledigen.

Die städtische Erwerbslosenfürsorge.

Bei der städtischen Erwerbslosenfürsorge war im Juni gegen den Vormonat bei den Männern und bei den Frauen ein kleiner Rückgang in der Zahl der Anträge sowie auch an Unterstützungsanforderungen zu verzeichnen. Anträge wurden aufgenommen: von Männern 2208, darunter 58 Jugendliche, von denen 1689 erneuerte Anträge waren; von Frauen 988, darunter 61 Jugendliche, von denen 628 erneuerte Anträge waren.

Kinderfest.

Einem großen Tag der Freude gab es am Montag für etwa tausend Kinder von Erwerbslosen, für die Partei und Gewerkschaften bei Stille in Gräbchen ein kleines Fest bereitet hatten. Der lange Zug der Kinder marschierte mit Musik und roten Fahnen vom Kalatsplatz bis hinaus nach Gräbchen, ein langer Weg bei der glänzenden Hitze. Und man sah es diesen Kleinen wohl an, daß ihre Eltern lange erwerbslos sind. Die Dürftigkeit der Kleidung, die keine Sauberkeit verbergte, die Bräutlichkeit des Schwachs und die schmalen und blassen Gesichter dieser Jungen und Mädchen.

Am Abend gab es noch Würstchen und Semmeln. Auch diese Geschenke wurden verteilt. Überall herrschte Lust und Freude, die den Kindern der Armen, denen im Alltag nur Entbehrung und Hunger beschieden ist, den Herzen zu gönnen war.

Lohnbewegung in der Damenkonfektion.

Die Lohnsätze in der Damenkonfektion sind besonders niedrig. Die Arbeitnehmer dieser Branche haben schon lange mit schweren wirtschaftlichen Verhältnissen zu kämpfen, und dies um so mehr, als in letzter Zeit eine abermalige große Teuerung einsetzte. Die Arbeitnehmer, wie auch die Meisterorganisationen sind nun mit neuen Forderungen an die Unternehmer herangetreten.

Am Montag abend hatten die drei Organisationen, der Deutsche Bekleidungsarbeiter-Verband, der Reichsverband christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungsgebietes und der Meisterverband der Breslauer Damenkonfektion, alle in der Damenkonfektion beschäftigten Meister, Hügel und Näherinnen zu einer Versammlung ins Gewerkschaftshaus eingeladen, in der Kollege Baal über den gegenwärtigen Stand der Lohnforderungen berichtete.

Die gemeinsame Tarifkommission hatte die Forderung aufgestellt, die gegenwärtigen Zuschläge von 15 und 17 Prozent auf den Tarif durch einen 40 prozentigen Zuschlag abzuschließen. Die Fabrikanten lehnten es ab, in Verhandlungen einzutreten. Auf ein nochmaliges Schreiben der Arbeitnehmerorganisationen ging überhaupt kein Bescheid ein. Die Arbeitnehmer werden nun zunächst den Schlichtungsausschuß anrufen, der voraussichtlich noch in dieser Woche zusammentreten wird.

Die gemeinsame Tarifkommission hatte die Forderung aufgestellt, die gegenwärtigen Zuschläge von 15 und 17 Prozent auf den Tarif durch einen 40 prozentigen Zuschlag abzuschließen. Die Fabrikanten lehnten es ab, in Verhandlungen einzutreten. Auf ein nochmaliges Schreiben der Arbeitnehmerorganisationen ging überhaupt kein Bescheid ein.

Die gemeinsame Tarifkommission hatte die Forderung aufgestellt, die gegenwärtigen Zuschläge von 15 und 17 Prozent auf den Tarif durch einen 40 prozentigen Zuschlag abzuschließen. Die Fabrikanten lehnten es ab, in Verhandlungen einzutreten. Auf ein nochmaliges Schreiben der Arbeitnehmerorganisationen ging überhaupt kein Bescheid ein.

Ein fertiger Arbeitgeber als Revolverheld.

Vom Verband der Transportarbeiter wird uns geschrieben: Am Montag nachmittag konnten die Bewohner der Rebenstraße vom Schauspiel zusehen, wie der Inhaber der Firma Sped u. Sätting, Herr Max Sätting, mit einem Revolver seine Streikposten und irische Passanten bedrohte. — Schon seit Sonnabend trägt sich Herr Sätting mit dem Gedanken, seine freiziehenden Arbeiter mit dem Revolver zu bearbeiten und am Montag hätte beinahe der Zufall gewollt, daß ein vorbeiziehender Passant herhalten mußte. Die Kugel des Herrn Sätting zu empfangen. Vielleicht ist der Herr Sätting-Präsident einmal so lebenswütig und sagt uns, ob es in neuer Zeit gang und gäbe ist, Waffenbesitzer an Unternehmern auszustellen, um bei etwaigen Streiks ihre Arbeiter mit dem Revolver zu terrorisieren.

Der gemeinsame Tarifkommission hatte die Forderung aufgestellt, die gegenwärtigen Zuschläge von 15 und 17 Prozent auf den Tarif durch einen 40 prozentigen Zuschlag abzuschließen. Die Fabrikanten lehnten es ab, in Verhandlungen einzutreten. Auf ein nochmaliges Schreiben der Arbeitnehmerorganisationen ging überhaupt kein Bescheid ein.

Die Hundstage.

Mer im Kalender die lakonische Bemerkung liest: „23. Juli Anfang der Hundstage“, der möge daran denken, daß sich an den Begriff der Hundstage eine uralte, mehr als viertausendjährige Geschichte knüpft. Die Hundstage, die ursprünglich nicht vier Wochen, sondern nur wenige Tage umfaßten — eigentlich kommt nur der eine (erste) Hundstag in Betracht — tragen ihren Namen von dem Hundstern, dem Sirius, dem hellsten aller Fixsterne, der alljährlich in unseren Wintermonaten nachmittags im Canticula (Hündchen) oder auch Canis (Hund), die Erde dementsprechend Neon, vorwiegen aber Sirius, ein Name, der dem Stern entlehnt zu sein scheint. Bei den Ägyptern heißt der Stern Sopet, wovon die Griechen ihren dritten Namen für das Hündchen, Sothis, ableiteten. Wenn Sirius, der an dem tiefsten Stande seinen Namen noch weit lebhafter glänzt als bei uns, zuerst des Morgens vor der Sonne aufging, dann begann im Lande Remis das die heutige Welt nur unter dem Namen Ägypten kennt, das Steigen des Nils, der Lebensader des langen fruchtbaren Tales. So war es denn begründet, daß die den Geheimnissen der Natur nachspürenden ägyptischen Tempelpriester schon früh erkannten, wann der heliakische Aufgang des bedeutamen Gestirns stattfand. Sie hatten den Sopet der großen Wägen Isis geweiht und geradezu mit ihr personifiziert — Isis-Sopet war bei ihnen ein Begriff.

Im Laufe des Monats Juli geht allmählich die Periode der hellen Nächte, die Zeit, in der sich die Abenddämmerung über Mittagernacht unmittelbar mit der Morgendämmerung vereinigt, zu Ende, zuerst in der südlichen, dann in der nördlichen Hälfte Deutschlands. Am spätesten, Anfang August, verschwindet die Mittagernacht in den nördlichen Teilen Deutschlands, in Schleswig und Dänemark. Von jetzt an sinkt die Sonne, von südlichen nach nördlichen geographischen Breiten fortschreitend, nachts mehr als 16 Grad unter den Horizont, so daß ihre Strahlen die noch nicht reflektierten oberen Atmosphärenschichten nicht mehr zu erleuchten vermögen und wieder volle Dunkelheit eintritt.

Der Einheitsverband der kommunalen Arbeitnehmer.

Unter dem Namen „Fala“ haben Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, Zentralverband der Angestellten, Bund der technischen Angestellten und Beamten, Verkehrerverband und Verband deutscher Feuerwehrmänner eine freigewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft kommunaler Arbeitnehmerverbände gegründet.

Der Ortsausschuß Breslau der „Fala“ hatte am Sonntag vormittag alle bei der Stadt Breslau beschäftigten Arbeiter, Angestellte und Beamte nach dem Gewerkschaftshaus eingeladen, wo Kollege David Stecker aus Berlin über die „Fala“ und ihre Aufgaben für die kommunalen Arbeitnehmer sprach. Stecker konnte mitteilen, daß sich auch der deutsche Beamten- und Beamte-Verband, in der Arbeitsgemeinschaft mitarbeiten, wodurch die Bewegung in ein neues Stadium getreten und zu heften ist, daß sie recht erhebliche Arbeit leisten werde.

Zu den wichtigsten Aufgaben der „Fala“ gehört vor allen Dingen, die Gegensätze zwischen Beamten und Arbeitern zu überbrücken, und sie einander näher zu bringen. Förderung der Kommunalisierung und Sozialisierung, Gewinnung eines Einflusses auf die entscheidenden Körperschaften, daß die Kommunalbetriebe rationell bewirtschaftet werden und Ausbreitung des freigewerkschaftlichen Gedankens. Alle diese Aufgaben zu erfüllen, liegt nicht nur im Interesse der kommunalen Arbeitnehmer, sondern wird fruchtbringend für das Volksganze sein.

Am den mit Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Aussprache, in der Kollege Schramm vom Zentralverband der Angestellten betonte, daß sich Beamte und Angestellte unbedingt der „Fala“ anschließen müssen, sie können es sich heute nicht mehr leisten, eigene Wege zu gehen.

Der Vorsitzende des hiesigen Ortsausschusses Kollege Marsch wies alsdann darauf hin, daß die „Fala“ in Breslau schon recht erprobliche Arbeit geleistet hat, und daß, obwohl jeder Organisation die weitgehendste Selbständigkeit gewahrt bleibt, versucht werden soll, sie wiederum zu einer gemeinsamen Versammlung einzuladen, um sie mit den Zielen der „Fala“ genau bekannt zu machen.

Vom Schlichtungsausschuß.

Beim Schlichtungsausschuß der Stadt Breslau gingen in Juni an Kollektivstreitigkeiten 26 neue Fälle ein, während weitere 45 Sachen als unerledigt aus dem Vormonat übernommen und 5 frühere Urträge wieder aufgenommen wurden. Von den neuen Urträgen wurde 1 auf Veranlassung von Arbeitgeber und 20 auf Veranlassung von Arbeitnehmern aufgenommen. Erledigt wurden 32 Sachen. Ueber Einzelachen wurde während des gleichen Zeitraumes in 173 Fällen entschieden.

Hausbesitzer, Mieter und Mietvereinsamt.

Der Magistrat schreibt: Trotz wiederholter Veröffentlichungen und Hinweise auf die bestehenden Bestimmungen für das Miet- und Wohnungswesen herrscht in weiten Kreisen der Bevölkerung anscheinend noch immer völlige Unklarheit über die Rechte und Pflichten der Hausbesitzer und Mieter, insbesondere sind viele Hausbesitzer sich über ihr Kündigungsrecht völlig im Unklaren. Die Kündigung einer Wohnung, eines Ladens, einer Werkstatt, eines Geschäftsraumes wie überhaupt eines Mietraumes ist nur nach vorüberiger Zustimmung des Mietvereinsamts zulässig. Eine Kündigung, die vom Vermieter unmittelbar dem Mieter gegenüber ohne vorherige Zustimmung des Mietvereinsamts ausgesprochen wird, ist rechtlich unwirksam. Jeder Vermieter, auch Vermieter von möblierten Zimmern, der kündigt, ist verpflichtet, beim Mietvereinsamt, Barade-Bücher-Platz, Eingang Ringstraße, den Antrag zu stellen, ihm vorher die Zustimmung zur Kündigung für den nächst zulässigen Termin zu erteilen. Diese Zustimmung wird durch den Spruchauschuß in einer mündlichen Verhandlung erteilt, zu der beide Parteien geladen werden. Der Antrag auf Erteilung der Zustimmung muß deshalb so rechtzeitig gestellt werden, daß nach dem Verhandlungstermin für den Vermieter noch Zeit übrig bleibt, die Kündigung auszusprechen. Es empfiehlt sich daher für die Hausbesitzer, solche Anträge nicht in den letzten Tagen des Vierteljahrs oder des Monats zu stellen, sondern in den besten 4 Wochen vor dem letzten Kündigungstermin. Nur bei Einhaltung dieser Frist können die Hausbesitzer auf die rechtzeitige Anberaumung eines Termins rechnen.

Einen Antrag in den letzten Tagen des Vierteljahrs einzureichen, um im Wege der einstweiligen Anordnung die Zustimmung zur Kündigung zum Zwecke der Mietsteigerung zu erreichen, ist zwecklos, da mit Rücksicht auf die rechtlichen Bedenken über die Zulässigkeit solcher einstweiligen Anordnungen das hiesige Mietvereinsamt den Erlass von einstweiligen Anordnungen ablehnt. Es kann also allen Hausbesitzern nur nochmals dringend geraten werden, sich rechtzeitig an das Mietvereinsamt zu wenden.

Gänzlich unrichtig ist die Auffassung der Hausbesitzer, daß sie von ihren Mietern ohne weiteres vom nächsten Monatsanfang oder Quartalsanfang eine Mieterhöhung von 30 Prozent oder 40 Prozent verlangen dürfen, weil diese Mieterhöhung gesetzlich wäre. Eine gesetzliche Bestimmung, wonach die Mietsteigerung ohne weiteres eintritt, gibt es nicht. Es ist lediglich durch Beschluß des Magistrats die Höchstgrenze der Mietsteigerung festgelegt. Diese beträgt für Geschäftsräume 40 Prozent, für Wohnräume 30 Prozent der Miete vom 1. Juli 1921.

Trüg ist auch die Annahme mancher Hausbesitzer, daß sie nur den Mietvertrag, aber nicht die Wohnung zu kündigen brauchen und ohne Anrufung des Mietvereinsamts eine Mietsteigerung verlangen dürfen. Die Miete ist ein gegenseitiger Vertrag. Jede Aenderung der Vertragsbestimmungen bedarf beiderseitiger Zustimmung. Willigt der Mieter in die geforderte Mieterhöhung nicht ein, so kann der Hausbesitzer das Mietvereinsamt mit dem Antrage auf Erteilung der Zustimmung zur Kündigung zum nächst zulässigen Termine zwecks Mietsteigerung anrufen.

Über die Beantragung zur Gemeindegewerkschafter für 1921 veröffentlicht der Magistrat eine Bekanntmachung im Anzeigenteil.

Stadttheater. In der angeblich letzten Aufführung von „Lada Winbermer's Fächer“ am Sonnabend konnte man feststellen, daß das Niveau der Vorstellung wieder um eine Stufe gesunken war. Für Sanji Arnstädt hatte man sich als Ersatz Ida Wüst geholt, was gelten kann. Aber daß man die männliche Hauptrolle, die Arnold Karff spielte, von einem Schauspielers sehr mittelmaßiger Kraft darstellen ließ, ist unerschwinglich. Ebenso ist natürlich Herr Falkenstein nicht mehr zu erblicken. Das Theater war, trotzdem die, gelinde gesagt, merkwürdigen Theaterpraktiken der Gebrüder Kottler hinsichtlich bekannt sein dürften, gut besetzt. Das Publikum schien allerdings enttäuscht. Der Beifall war verdienstermaßen sehr schwach.

Schuppenbrand. Sonnabend, nachts 11,55 Uhr, wurde die Feuerwehr nach dem Grundruf der Getreideverwaltung der Inspektion Oswig gerufen, weshalb ein Schuppen von etwa 80 Quadratmeter Größe in Flammen stand, denen mehrere Wagen, Holzgeräte und Baumgüter zum Opfer fielen. Die Breslauer Feuerwehr, der die Besatzung aus Oswig, Namern und Rosenhof zu Hilfe geeilt waren, konnte um 3,46 Uhr wieder abziehen. Der entstandene Schaden ist durch Versicherung völlig gedeckt.

Schießerei auf der Weidenes-Platz. Am Sonnabend nachmittag entstand in der Gastwirtschaft Goldene Radegasse 4 eine Streitigkeit zwischen einem Ringkämpfer und einem hiesigen Hausbesitzer, die sich schließlich auf der Straße fortsetzte und zu Tätlichkeiten führte, bei denen natürlich der Hausbesitzer dem Ringkämpfer gegenüber eine schwierige Stellung hatte. Es glaubte sich daher in Notwehr zu befinden und griff zum Revolver, den er ohne Berechtigung bei sich führte. Seine Notwehrgefühle war so groß, daß er sämtliche Ladungen auf den Gegner abfeuerte, ohne zu achten, wohin er traf. Der Gegner wurde von zwei Kugeln getroffen, und zwar am Arm und Auge. Röntgen war er dadurch kampfunfähig und mußte in das Krankenhaus „Hospital“ geschafft werden. Der schließliche Hausbesitzer wurde festgenommen, aber noch nicht verurteilt. Der Ringkämpfer wurde ebenfalls festgenommen.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Neumarkt. Selbstschuß. Vor mehreren Tagen wurden viele Orte unferes Kreises mit Selbstschuß-Kanngeschäften besetzt, und bald steht es aus, als ob es sich um Dauerbesetzung handelt, denn keine Entlassungen der Kanngeschäfte finden statt, man vermutet vielmehr, daß der Ausbau dieser Organisation erfolgt. Zuerst liefen sie in Zivil, jetzt in militärischer Kleidung. Man merkt, es müssen Studenten und Angehörige sein. Interessant ist folgendes: Stiegen in einem Lokal einige Angehörige des Selbstschußes, darunter ein Unteroffizier. Das jugendliche Alter des Unteroffiziers ließ sich auch bei den nicht im Besonderen gewöhnlichen bis Frage anschauen, wie kommt der Mann zu solch kleinen Dingen? (ebenfalls angelegt, weil hier das Militär ist.) Nachdem der Alkohol seine Wirkung getan, fingen sie an mobil zu werden und der Schnaps forderte bald Tatenbeweise heraus. Der eine sagte: Sonntag geht es wieder gegen die Polen, und die anderen beschwichtigten ihn, nicht aus der Schule zu plaudern. Er sah seinen Kopf auf und trug darunter aufschneidend nachher eine Waffe, denn er sah sie vom Schießen. Es wurde wohl am Tage, daß die Aufstellung bald erfolgt, umso mehr, da doch alle Parteien in Oberhieschen der Ansicht sind, daß der Selbstschuß nur die vorläufige Regelung in die größte Gefahr bringt.

Aus der Provinz Schlesien.

Waldenburg. Fleischermeister als Feinde der Gewerkschaften. Dem Amtsrichter der Fleischer wird uns geschrieben: Daß ein großer Teil der Untertanen den Gewerkschaften nicht hold sind, ist wohl sehr gut bekannt. Im allgemeinen sind aber die Verhältnisse der Dörfer, die schwarzen Wägen und Nachregelung wegen Herababgabe der Steuern, die deutsche Reichsverfassung stellt ja auch fest, daß es rechtswidrig ist, jemand in seiner Organisationsfreiheit zu behindern.

Die Fleischermeister von Waldenburg und Umgebung aber scheinen das nicht zu wissen oder fühlen sich wieder als Herren der Verhältnisse. Den arbeitenden Geistes wird immer einflößt: „Gewerkschaften werden nicht beschützt!“ In einem Betriebe wurden die Geistes sogar eingeschlossen, damit sie nicht zur Verarmung gehen könnten. Und dabei schämen sich diese Herrschaften nicht, von den Menschen der organisierten Arbeiter zu leben, sondern vielmehr auch gar nicht daran, daß die organisierte Arbeiterklasse einmal gleiches mit gleichem vergelten könnte. Oberstehen sie das Solidaritätsgefühl der schlesischen Bergarbeiter so gering an?

Die Zukunft wird es lehren! Soviel nochmals Fleischermeister den organisierten Fleischergehilfen Schwelgereien, gleichwohl welcher Art, bereiten, werden wie sie der Arbeiterklasse bekanntgeben. Die Arbeiterklasse werden wir oder noch darauf aufmerksam, daß ab 15. August jeder org. Fleischergehilfe eine Urns Kontrollekarte bei sich führen und diese Urns Kontrollekarte werden, welcher Fleischermeister organisierte Geistes bekanntgeben. Wir hoffen, daß die Arbeiterklasse die Gleichung verstehen und zeigen wird, daß Solidarität kein leeres Wort ist.

Kleine Breslauer Nachrichten.

Der Herr Stadtkonze getötet. Einem furchtbaren Tod fand am Sonntag morgen ein junger Mann im Oswiger Wald. In der Nähe der Schwefelgrube. Aufmerksam von der Arbeitsstätte aus der Nachbarschaft kommend, war der Betreffende, in dessen Begleitung sich mehrere Freunde befanden, plötzlich aus Uebermut

an dem großen Betrugswort der Arbeiterbewegung empfangen. Er wurde seinen Schicksal schwer beschien. Der Glanz vom durchschlag den Körper und verlor die ihn vollkommen. Nur das Schwert blieb unverfehrt.

Neumarkt. Ein Schalterbeamter, der in der Nacht zum 21. Juli die Breslauerstraße in Rietern entlang ging, wurde an der Bahnüberführung von einem etwa 28-jährigen Manne überfallen, der ihm am Halse packte und sagte, während er mit der anderen Hand in die Rocktasche des Überfallenen griff, um die Briefschlüssel herauszuholen. Der Überfallene wehrte sich mit aller Kraft, würgte seinen Gegner ebenfalls und rief dabei noch um Hilfe, wer jedoch seine Sache verloren und schließlich er verlor aber vorher seinem Opfer mit einem scharfen Gegenstand einen Schlag auf die rechte Hand, der eine bedeutende Verletzung hinterließ.

Waldenburg. In seiner Wohnung, Cornarische 22, wurde am Sonntagvormittag der Schneider im Verordnungsamt Hauptlager in der Werdstraße, Eduard Bangner, tot aufgefunden. Wie er zu Tode gekommen ist, weiß man nicht; Selbstmord scheint ausgeschlossen, da niemand Kenntnis hat, ihn dazu veranlaßt haben könnten. Er war 33 Jahre alt, verheiratet, Familienvater; seine Frau mit dem Kindern wohnte bei den Schwiegereltern. Seine Vorgesetzten und Kollegen sind auch von dem Vorfall Kenntnis überbracht. Er galt als ein ordentlicher tüchtiger Beamter, war gesund und lebensfroh. Die Leiche wurde in das Schandhaus geschafft und wird zweifellos gerichtsarztlich untersucht werden zur Feststellung der Todesursache. Die Ehefrau ist benachrichtigt.

In des Polizeipräsidiums abgeliefert wurden in der Woche vom 17. bis 23. Juli 1921 Personen, darunter wegen Einbruchsdiebstahls 10, einfachen Diebstahls 32, Fehlgeld 1, Betrugs 2, Unterschlagung 2, gewerkschaftlicher Unruhm 3, Scheinhandels 1, Stiefdiebstahl 3, Falschmünzerei 3, Betrugs 2, Kindes 1, Erpressung 1, groben Unfugs 5, Körperverletzung 3, Sittlichkeitsverbrechen 1, Falschurkunde 1, Verbrechen gegen lebendes Leben 1, Sittenverletzung 11, Obdachlosigkeit 16, Schußes 5, Pflanzung als Ausländer 4, Spionage 16, Landesverrats 1, Landfriedens 2, Falschurkunde 1.

Stadtheater. Sonntag der Berliner Kottler-Bühnen: Dienstag und Mittwoch 7 1/2 Uhr gelangt Sudermanns „Der gute Ruf“ mit Ida Wüst in der weiblichen Hauptrolle und in den übrigen Rollen in der Besetzung der Erstaufführung zur Wiederholung. In Vorbereitung befindet sich „Die große Leidenschaft“ von Kasaul Kneringer. Auch hierin wird Ida Wüst die weibliche Hauptrolle spielen. Die Zahl der Aufführungen von Sudermanns „Der gute Ruf“ sind daher sehr beschränkt.

Wohnungsentziehung. Auf die Unverhältnißlichkeit der Wohnungsentziehung, wenn ein Schwindelbetrug daraus ausgeht, ist die Reichsregierung in der letzten Sitzung des Reichstages in der Erwägung von Gebühre untersteht, wenn die Zahlungspflichtigen kein höheres Einkommen verdienen.

Der Tod auf der Eisenbahnstrecke. Am Sonntagmorgen früh zwischen 2 und 3 Uhr fand der Führer eines Eisenbahnwagens auf der Strecke zwischen Schottwitz und Carlswitz die Leiche eines unbekanntes Mannes auf den Schienen, der sich offenbar absichtlich hatte überfahren lassen. Vermutlich war dies in der Nacht vorher geschehen und es sind verschiedene Äuße im Dunsin bereits über die Leiche hinweggeführt, ohne sie zu bemerken. Die amtlichen Nachforschungen ergaben, daß der Getötete der Poststraße 17 wohnhaft gewesene Maschinenführer Irwan war. Der Mann ist ehemals Malgastmeister gewesen, war aber durch die Verhältnisse zum Maschinenführer herabgesetzt worden. Wegen einer schweren Verletzung hatte er am 22. auch diese Stellung verloren und das hat wohl in ihm den Entschluß reifen lassen, aus dem Leben zu scheiden.

Stadtheater.

Sudermann Sudermann: „Der gute Ruf“.

Da die Gedächtnis Kottler Sudermann Sudermann Neben diesen „guten Ruf“ noch verschleiern. Dieser so betitelte Auschnitt aus der gesellschaftlichen Korruption läßt uns heute schon völlig kalt. Was geht das an, ob der gute Ruf des Kommerzienrat Weibegger schon gewahrt bleibt oder nicht, ob Frau von Lanna, ehebrecherisch wie sie ist, zu ihrer ehebrecherischen Freundin Karle über die Weiber über die Antistrophe gelangt? Da der Sudermann Termidien den betrogenen Baron von Lanna „zusammenzieht“ überaus sehr. In der Sumpf menschlicher Verlogenheit, Dummheit, unter der strengen Maske die hier, die Weiberzeit... Wenigstens sind in diesem Stück Moralpredigten, wie sie sonst der Autor liebt, vermieden. Man glaube nie an sie. Und man ist auch von diesem Schauspiel „Der gute Ruf“ und seiner Atmosphäre nur angezogen. Die Gedächtnis Kottler spielen es laut feiter Anknüpfung zum 587. Male. Wahrscheinlich mit 587 mal umbelegten Rollen. In der Montagauufführung war Ida Wüst die Trägerin der Hauptrolle. Ihre Baronin Lanna war herrschaftliches, prächtiges Leben. In allen Schattierungen, mit Dänen und Weinen und Schmelzer und Linsen zeigte sie ein bewundernswertes Können. Nur manchmal ein kalter Ton, der an sich wenig biegsamen Stimme klang. Der (wieder einmal todbende) Befall des Hauses war von ihr wohl verstanden.

Toni Lehlaff dagegen, die im Winter einmal bei Bleich in einem blutdürstigen Sensationsstück auftrat, fiel völlig ab. Farblose Durchschnittpielerei, nichts weiter. Willi Schmitz aber als Kommerzienrat Weibegger war schon äußerlich ein Trottel. Eine Figur, die den allgemeinen Respekt nicht verdienen kann. Herr Wüst Galt mit, fand sich etwas besser mit seiner Rolle ab, obwohl er aufdringlich redet, und in Heinz Laub hatte Ida Wüst einen recht glücklichen Gegenpieler, daß Franz Schönmann gut war, ist selbstverständlich.

Die Valuta.

Es werden bezahlt für 100 deutsche Reichsmark:

	25.7.	22.7.	25.7.	22.7.	
Amerikan. Dollar	1,27	1,30	Schwed. Kronen	7,72	7,97
Englische Schilling	7,11	7,29	Österr. Kronen	—	902,06
Frankf. Franken	16,42	17,04	Polnische Mark	—	—
Holländ. Gulden	4,10	4,18	Schweiz. Kronen	100,40	101,11

Wasserstand

vom 26. Juli 1921.

Kattwik	0,88	Reise (Unter-Wege)	1,53
Stropph	2,11	Breslau (Ober-Wege)	4,66
Cosel	0,48	Breslau (Unter-Wege)	2,24
Wesig (Kattwik)	1,46	Treßow	1,13
Stropph	1,37	Böpelwitz	0,70
Reise (Ober-Wege)	3,50		

Wassermenge: 23,0°.

Bereinstalender.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Mittwoch, den 27. Juli, abends 7 Uhr, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Mitgliederversammlung statt. Mitgliederbuch legitimiert. Näheres siehe getrigtes Inzerat.

Familiennachrichten

Es bitte Notizen bei eingetragten zu veröffentlichen.
Am 24. Juli 1921 entbietet nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Schwägerin, Tante und Großmutter
Frau Rosina Heppner
geb. Käber
im Alter von 58 Jahren.
Das selige entschlief am:
Die Bestattung am Montag, den 27. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Gemeindefriedhofes in Gellbach.
Trauerzeiten: Gellbachstraße 172. G 336

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Am 24. Juli verstarb unser water Kollege
Hermann Wagner
im Alter von 59 Jahren 2396
Sein Andenken werden in Ehren halten
Die Bestattung am Montag, den 27. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des evang. Friedhofes in Cosel am stadt.
Trauerzeiten: Gellbachstraße 172. G 336

Am 24. Juli verstarb unser Verbandskollege,
der Fabrik
August Leide
im Alter von 41 Jahren 2397
Sein Andenken werden in Ehren halten
Die Bestattung am Montag, den 27. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des evang. Friedhofes in Cosel am stadt.
Trauerzeiten: Gellbachstraße 172. G 336

Öffentliche Bekanntmachung!
Bekanntmachung zur Gewerkschaftsversammlung
für den Kreisbezirk 1921.
Nach dem Gewerkschaftsgesetz vom 24. Juni 1921 (§ 6, § 7, 20) und der Gewerkschaftsordnung der Gewerkschaften vom 24. Juni 1921 (Artikel 10) ist die Gewerkschaftsversammlung für den Kreisbezirk 1921 am Montag, den 27. Juli, nachmittags 3 Uhr, in der Halle des evang. Friedhofes in Cosel am stadt, im 14. Stock zu beenden.
Die Gewerkschaftsversammlung ist mit Gewerkschaftsmitgliedern besetzt, deren Namen nicht angegeben sind. Die Versammlung ist in deutscher Sprache, die Verhandlungen sind öffentlich.
Die Gewerkschaftsmitglieder sind verpflichtet, an der Versammlung teilzunehmen. Die Versammlung ist für alle Gewerkschaftsmitglieder verbindlich.
Die Gewerkschaftsmitglieder sind verpflichtet, an der Versammlung teilzunehmen. Die Versammlung ist für alle Gewerkschaftsmitglieder verbindlich.
Die Gewerkschaftsmitglieder sind verpflichtet, an der Versammlung teilzunehmen. Die Versammlung ist für alle Gewerkschaftsmitglieder verbindlich.

ADOLF KIRSCHNER EMPFIEHLT

ARKB ZIGAREN

TEO-ZIGARETTEN

SCHON DIE BILLIGSTEN SORTEN SIND GANZ FAMOS

RING 7. SCHWEDENSTRASSE 13 KARLSPLATZ 5

SPEZIAL-AUSSTELLUNG IN ALLEN SCHAUFENSTERN

U.S.-MAIL S.S.-C.

Regelmäßige Abfahrten

BREMEN NEWYORK

Vorzügliche Reisegelegenheit mit den größten und schönsten Dampfern und Amerika verkehrenden Postdampfern; und exzellente Doppelkabotten-Kabotten; fern „George Washington“, „America“ u. a. ab deutschem Hafen

Auskunft und Fahrkarte durch
GENERALVERTRETUNG
NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN
und seine Vertreter
in Breslau: Norddeutscher Lloyd
Generalagenten: 2523
Ners Schwedingerstr. 6 (Hauseingang)

Möbel
bestehend aus
Schreibtisch, Stuhl und Kasten,
Schreibtisch,
Kleider, 2024
Einzelne Möbel
wie Schränke, Vertikale,
Bücher, usw. u. a. etc.
Anschreiben, Roboter,
Anschreiben, große Post,
Schreibtisch, usw. u. a. etc.
Schreibtisch, usw. u. a. etc.
Schreibtisch, usw. u. a. etc.

Frauen
und Mädchen jeder Größe bei
Kleider und Schürzen der
Monatsregel
Diese kleidungsbereiten
gerne mit unschönen
Wundermittel
bringen Ihnen jeden Erfolg
ohne Berufsstörung
Sprechen Sie mit jeder
Schreibstube, Apotheken,
Zugabe, Brief, usw. u. a. etc.
Gewinnmittel empfängt
Bücher, Breslau 13
Schreibstube, usw. u. a. etc.
Schreibstube, usw. u. a. etc.

Ausschneiden
KUT! Verkauf
höchste Bezahlung
zu Billigeren
Werden jeder
Stückpreis
Schreibstube, usw. u. a. etc.
Schreibstube, usw. u. a. etc.

Warnung.
Die Nachrichten, die das
Friedensministerium
zur Bekämpfung des
Krieges mit unschönen hat,
werden in der Presse
und in der Öffentlichkeit
nicht veröffentlicht.
Schreibstube, usw. u. a. etc.
Schreibstube, usw. u. a. etc.

Ruba-Seife
Beste Hauswaschseife, garantiert rein
Rudolph Balhorn, Breslau 13, Parfümerien-Fabrik
3 Verkaufsstellen am Platz.

Arbeitsmarkt

Da durch den heißen Arbeitsmarkt
tüchtige Maurer
nicht zu erreichen sind, suche ich solche auf
diesem Wege und bitte um Meldung
unter Bezeichnung der Gewerkschaftsnummer.
E. Francke, Schönbühl
Breslau 12, Kleinfeldstr. 20
Tel. 6. 4211. 11104